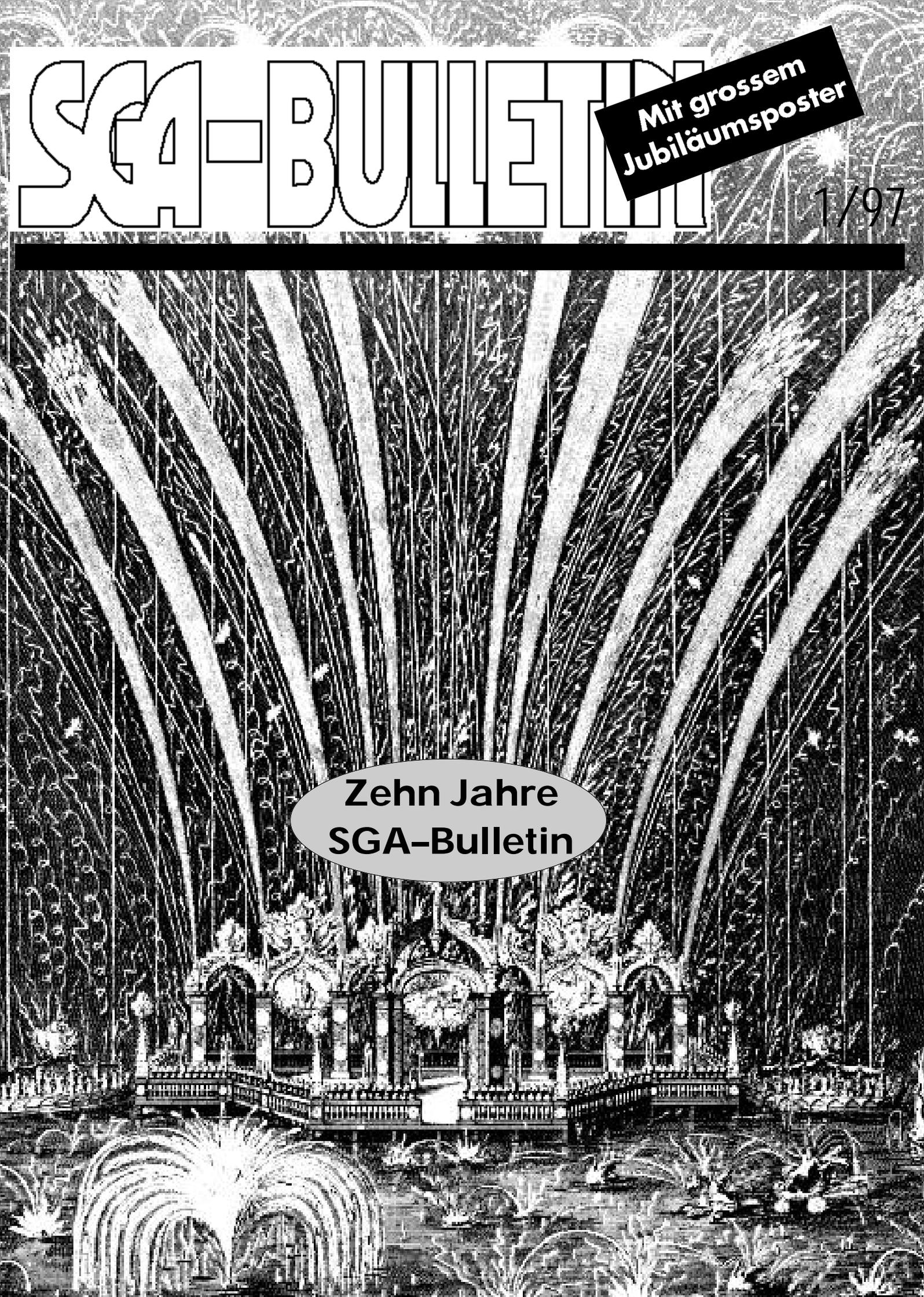


# SGA-BULLETIN

Mit grossem  
Jubiläumsposter

1/97



Zehn Jahre  
SGA-Bulletin

## Ein Macher tritt kürzer...

Seit Anfang 1992 hat Reto Hunziker hinter den Kulissen massgeblich dafür gesorgt, dass das Bulletin jeweils doch noch rechtzeitig erschienen ist. Wer weiss, was es bedeutet, ganz am Schluss noch diesem und jenem nachzurrennen, und wer Murphys law kennt, dass in die Hose geht, was in die Hose gehen kann, und das meistens auch noch im dümmsten Moment, der schätzt Retos Leistung als Koordinator besonders.

Mit seinem Job als WWF-Regionalkoordinator und Sonnenenergie-



fachmann beim WWF Schweiz hat sich Reto letztes Jahr ein Mass an Arbeit beschert, das sein Engagement für das Bulletin

immer schwieriger gemacht hat. Nun möchte er etwas kürzer treten, seine Prioritäten anders setzen und verlässt deshalb u. a. die Bulletin-Redaktion. Wir danken ihm für seine Arbeit – and take it a bit easier!

## Gemeinden wählen den Proporz

Diskussionsabend mit Referaten von Dr. Andreas Ladner (Institut für Politikwissenschaft Bern): *Proporz und Majorz in den Schweizer Gemeinden: Integration vor Konkurrenz.*

Sigisbert Lutz, ehemals Stadtrat Bern: *Warum ich als Sprecher der CVP den Exekutivproporz verteidigte.*

Christoph Straub (Vizepräsident des Kantonsrates, FDP): *Welche Folgen hätte der*

*Majorz für die elf Zuger Gemeinden?*  
Moderation: Josef Lang, Kantonsrat Alternative Fraktion  
Anschließend Diskussion

Montag, den 14. April 1997, 20.00h, Kleiner Saal Casino Zug  
Das Komitee 2 x Nein zum unfairen Majorz lädt alle Interessierten herzlich ein.



**Erfolgreiches fünftes Zuger Symposium: Rund hundert BesucherInnen nahmen am Symposium teil, das von SGA und Alternativen organisiert wurde.**

Bild Bulletin

## Inhaltsverzeichnis

<b>10 Jahre SGA-Bulletin</b> « Frecher und Flippiger! »	Seite 4
<b>Majorzabstimmung 8. Juni</b> Die Gemeinden wählen den Proporz	Seite 6
<b>Majorzabstimmung 8. Juni</b> Der Proporzstolz der CVP	Seite 8
<b>Majorzabstimmung 8. Juni</b> Proporz: immer noch «der Zeit voraus»	Seite 9
<b>Filmkritik</b> «Fiirs Criitschers»	Seite 11
<b>Jubiläumsposter!</b>	Seite 12
<b>Zuger Spitalpolitik</b> « Schizophrene Züge »	Seite 14
<b>Kantonsrat</b> Als Neuling im Kantonsrat	Seite 18
<b>FGZ – Broschüre</b> Überflüssige Operationen	Seite 20
<b>Regierungsrat</b> 1998 – Ein Anlass zum Feiern auch im Kt. Zug	Seite 21
<b>Universale Kirche</b> Die Weisswaschung eines Wirtschaftsanzwalts	Seite 22
<b>Glosse</b> Das Schulhaus Loreto bleibt grau	Seite 23

## Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

**SGA-Bulletin Nr. 1/97**, März 1997; erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:** Förderverein pro SGA-Bulletin

**Adresse:** SGA-Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug; Telefon: 7118633

**Redaktion:** Natalie Chiodi, Margit Gigerl, Gerlinde Künzle, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

**Layout:** Markus Müller

**Belichtung und Druck:** Victor Holz AG, Steinhausen

**Auflage:** 1300

**Abonnements:** Fr. 20.–; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.–

**Redaktionsschluss Nr. 2/97:** Freitag, 15. Juni; Erscheinungsdatum Montag, 30. Juni 1997.

# 10 Jahre Chrampf und Spass

«Frecher und flippiger» sollte das Bulletin sein, Überraschungen und mehr Enthüllungsjournalismus bieten – so die Wünsche des Medienprofessors Roger Blum in seinem Interview auf Seite 4.

Stoff dazu gibt es im Kanton Zug genug, und die momentane Medienlandschaft lässt hier tatsächlich immer noch ein ziemlich weites Feld offen. Zu Ende recherchierte Stories, an denen eine der beiden Tageszeitungen dranbleibt, sind nach wie vor die Ausnahme, hart angefasst wird bei den Parteien und PolitikerInnen allenfalls die SGA in der Zuger Presse, und damit hat sich's.

Nehmen wir als aktuelles Beispiel die Spitalplanung im Kanton. Kaum jemand, der das Gespräch zu diesem Thema auf Seite 14 liest, der sich nicht an den Kopf fassen wird und zu Recht fragt, wofür wir denn eigentlich professionelle Tageszeitungen haben. Spätestens der Selbstmord des Baarer Spitalverwalters müsste doch ein Alarmsignal gesetzt haben, dass hier etwas Tieferliegendes nicht stimmt.

Wir erheben mit dem SGA-Bulletin nicht den Anspruch, diese Lücke zu füllen – und unsere Schwachpunkte hat Roger Blum zu Recht benannt. Aber wer den Redaktionsordner mit allen bisher erschienenen 40 Bulletin-Ausgaben durchblättert, wird zum Schluss kommen, dass es uns in den letzten 10 Jahren doch immer wieder gelungen ist, Dinge aufzubringen, die nirgendwo anders zu lesen waren – oder sogar bewusst totgeschwiegen wurden.

Nochmals 10 Jahre wird es das Bulletin aber in der jetzigen Form kaum mehr geben. Wir sind in einer Übergangszeit. Die 10 Jahre Bulletin waren 10 Jahre Chrampf, haben oft Stress bedeutet und an den Nerven der



MacherInnen gezerzt. Es waren aber auch 10 Jahre Spass, ohne den es das Bulletin längst nicht mehr geben würde. Und die Genugtuung, dass wir nun im dritten aufeinanderfolgenden Jahr die Herausgabe alleine aus Abo-Einnahmen, Spenden und Mitgliederbeiträgen des Fördervereins finanzieren konnten, kompensiert die viele Gratisarbeit. Es ist zugleich auch eine Be-

stätigung des Kurses Richtung AbonnentInnenzeitschrift.

Darüber hinwegtäuschen, dass mittelfristig eine Semiprofessionalisierung des Bulletins nötig ist, um seinen langfristigen Bestand zu sichern, kann das aber nicht. Und dass damit auch die parteimässige Öffnung, die das «SGA»-Bulletin eigentlich schon länger am Vollziehen ist, zu Ende gebracht wird, scheint logisch.

Gefordert sind hier allerdings die anderen alternativen Gruppierungen im Kanton Zug. Die Idee eines alternativen Vierteljahres- oder Zweimonatsmagazins finden zwar alle gut, aber organisatorisch beteiligen will sich bisher nur das Kritische Forum Cham. Dabei liegt das Potential für ein solches Magazin bei mindestens 1500 zahlenden AbonnentInnen – womit die Semiprofessionalisierung zu erreichen ist und allenfalls sogar der Schritt hin zum Kioskverkauf in Griffweite rücken würde.

Wir leben im Informationszeitalter, und das ist nicht rückgängig zu machen. Gute Ideen, «richtige» politische Positionen nützen wenig, wenn sie nicht auch effektiv kommuniziert werden. Die Globalisierung mit ihrer Informationsflut rollt.

Um den Kopf über Wasser zu halten, braucht es «Flügeli», und ein gutes, alternatives Magazin ist Teil solcher «Flügeli».

An uns, an der Redaktion, soll es nicht liegen.

■ Redaktion SGA-Bulletin

# «Frecher und flippiger!»

Roger Blum ist Professor für Medienwissenschaft an der Uni Bern. Von 1980 bis 1989 hat er in Zug gelebt. Er ist 52jährig, Vater von zwei Kindern und mit der ehemaligen Vizepräsidentin der kantonalen SP, Elsbeth Steiner, verheiratet. Anlässlich des 10jährigen Jubiläums hat das SGA-Bulletin ein Interview mit dem langjährigen Ko-Abonnetten Blum geführt, u.a. über die Zukunft lokaler alternativer Publikationen.

---

Martin Stuber\*

---

*Bulletin:* Sie haben den Jahrgang 96 des SGA-Bulletins als Ganzes Revue passieren lassen: Was ist Ihr Eindruck?

*Roger Blum:* Es handelt sich um eine sehr kompakte Zeitschrift, die mit Sachverstand gemacht ist und auch journalistisch recht gut daher kommt. Die Texte sind sorgfältig bearbeitet, und das Ganze hinterlässt für eine Zeitschrift dieser Art einen gediegenen Eindruck.

Gleichzeitig ist sie konservativ in der Erscheinung; es ist eine Zeitschrift für Wissende und politisch Eingefleischte, die mehr über die sie interessierenden Themen wissen möchten. Es dürfte daher schwerfallen, mit dem Bulletin Leute anzusprechen, die nicht zum «Kuchen» gehören.

*Bulletin:* Wir versuchen schon seit längerer Zeit, nicht einfach ein Parteiblatt zu sein, sondern dem ganzen rotgrünen Spektrum gerecht zu werden. Sehen Sie diesen Anspruch erfüllt?

*Blum:* Es ist klar, dass die SGA-Politik stark vertreten ist – das ergibt sich schon durch die AutorInnen. Ich empfinde es aber nicht als Parteiblatt, das voll ist mit Propaganda und Eigenlob. Von daher täuscht der Name «SGA-Bulletin» eigentlich.

Was mir etwas fehlt, ist die Gegenseite, die sehr selten zu Wort kommt. Wieso nicht einmal ein – durchaus hart geführtes – Interview mit Eurem Baudirektor oder einem bürgerlichen Nationalrat?

*Bulletin:* Das kommt noch! Eine Frage zu den Finanzen. Das Bulletin finanziert sich ausschliesslich aus zwei Quellen: Einnahmen von LeserInnen (Abos, Spenden, Förderverein) und Gratisarbeit der ProduzentInnen. Wir kommen also ohne Werbung aus. Hat das Zukunft?

*Blum:* Die entscheidende Frage ist: Was ist das Zielpublikum? Es handelt sich ja bei Eurer Zeitung um mehr als ein Bulletin, ein Mitteilungsblatt. Es ist eine richtige Zeitschrift, und Ihr solltet Euch überlegen, ob das Ziel nicht sein sollte, über das bisherige Publikum hinauszugehen, Leute ausserhalb der SGA und des alternativen Kuchens anzusprechen.

Dann stellt sich natürlich auch die Frage der Finanzierung anders. Was die Werbung betrifft, wäre ich eher skeptisch: Der Werbekuchen auch für ein Politmagazin, an dem im Kanton Zug kein politisch Interessierter vorbeikommt, dürfte naturgemäss ziemlich beschränkt sein, auch die Werbereichweite eines solchen Magazins wäre immer noch relativ klein.

Es müssten noch andere Finanzquellen erschlossen werden: z. B. Mäzene, die Seiten sponsern, oder ei-

ne Stiftung mit einem gewissen Grundkapital.

*Bulletin:* Es gibt ja zwei erfolgreiche Beispiele für solche Magazine: «Die rote Anneliese» im Oberwallis und die «Alternative» im Kanton Uri. Spielen da aber nicht die Grösse und der ziemlich geschlossene Charakter des Einzugsgebietes eine wichtige Rolle?

*Blum:* Sicher. Beide Gebiete sind territorial und auch psychologisch eine abgeschlossene Bewusstseinsseinheit. Aber so zentrifugal ist der Kanton Zug im Vergleich nun auch wieder nicht, es gibt doch ein starkes Eigenleben, Identität und auch ein gewisser Zusammenhalt sind vorhanden. Was aber noch wichtiger ist: es sind auch genügend gemeinsame «Zuger» Streitpunkte vorhanden, wenn ich etwa an die Spitalfrage oder an die Verkehrspolitik denke. Genau das macht doch die Existenzberechtigung eines solchen Mediums aus: nicht nur Information vermitteln, sondern Kritik, Kontrolle und anwaltschaftlicher Journalismus in umstrittenen Fragen.

*Bulletin:* Die Erweiterung des SGA-Bulletins hätte also genügend Boden?

*Blum:* Ja. Natürlich hängt es auch von der weiteren Entwicklung der Zuger Presse ab. Einfach viermal im Jahr Dinge nochmals bringen, die schon in der Tagespresse genügend



«Das Internet wird noch für längere Zeit den Charakter einer Ergänzung haben.»

Bild Bulletin

abgehandelt worden sind: das bringt nichts. Zurzeit ist das Feld sicher noch offen.

Ein solches Magazin müsste die alte Rolle (SGA-Politik) nicht einfach über Bord werfen.

Das Konzept eines Politmagazines, das aus dem alternativen Kuchen heraus publiziert wird, sich aber an ein weiteres Publikum richtet, sollte jedoch um weitere Elemente angereichert werden. Die einzelnen Nummern müssten mehr Überraschungselemente bieten, sie müssten auf allen Ebenen flippiger und frecher daherkommen: Typografie,

Bilder, die Leute, die darin vorkommen, Darstellungsformen und Textgattungen. Wieso nicht mal ein Porträt oder «heisse» Protokollauszüge und Dokumente, generell mehr Enthüllungsjournalismus?

*Bulletin:* Gerade der Enthüllungsjournalismus ist eine Frage der personellen Kapazitäten: Themen gäbe es genug im Kanton Zug...

Welchen Stellenwert messen Sie dem Internet mit seinem potentiell grossen Publikum bei?

*Blum:* Das Internet wird noch für

längere Zeit den Charakter einer Ergänzung haben. Die Situation jetzt kommt mir vor wie zur Zeit der Erfindung des Buchdruckes: Erst etwa 100 Jahre nach dessen Erfindung wurde der Buchdruck in grösserem Umfang tatsächlich für den Druck von Zeitungen genutzt. Vorher existierten neben gedruckten Büchern und Flugschriften immer noch handkopierte Briefzeitungen.

Das Internet wird noch längere Zeit nur von einer Minderheit wirklich genutzt werden: Leute aus dem Computerbereich, Freaks, Junge und Politprofis. Insofern wäre das Internet eine interessante Publikationsplattform, die sich an die politische Elite richtet, aber auch neue Kreise erreichen würde, die mit gedruckten Medien nur noch schwer erreichbar sind. Das Internet ermöglicht auch sinnvolle Kombinationen, wie z.B. die Kantonsratsberichte jeweils aktuell nach der Sitzung auf dem Internet und eine Zusammenfassung dann in der Zeitschrift.

*Bulletin:* Das würde dann ein Problem lösen, das wir meistens haben: zuviel Material. So könnten wir beispielsweise Ergänzungen, die keinen Platz haben, oder auch Artikel in ungekürzter Form auf dem Internet publizieren. Ich sehe allerdings das Problem der Finanzierung.

*Blum:* Das Internet ist massiv billiger geworden; schon für ein paar hundert Franken pro Monat ist heute ein professioneller Auftritt zu haben. Das ganze müsste natürlich über eine Gesamtrechnung mit der Zeitung finanziert werden – oder Ihr findet einen Sponsor. ■

\* Das Interview wurde am 1. März 1997 geführt.

# Die Gemeinden wählen den Proporz

In acht Schweizer Kantonen, unter anderem Bern, können die Kommunen selber bestimmen, ob sie ihre Exekutiven im Majorz oder im Proporz bestellen. Die grosse Mehrheit der mit den zugerischen vergleichbaren Gemeinden hat sich für den Proporz entschieden.

Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Wahlsystem spricht ebenfalls für den Proporz.

Josef Lang

In den acht Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Baselland, Thurgau, Wallis, Jura und Graubünden können die Gemeinden das Wahlverfahren in eigener Kompetenz entscheiden. In diesen acht Kantonen befinden sich rund 40% aller Schweizer Gemeinden. Wie das untenstehende Diagramm zeigt, wird nur gerade in kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 EinwohnerInnen nach dem Majorzsystem gewählt. Dies kann kaum überraschen – in Dörfern, wo es keine Parteien gibt und sich alle noch duzen, machen reine Personenwahlen sehr wohl Sinn.

Je grösser die Gemeinden sind, desto eher kommt der Proporz zur Anwendung.

Vergleicht man dies mit den Zuger Gemeinden, so fällt nur gerade

Neuheim in die Kategorie der zweitkleinsten Gemeindegrösse, aber auch dort überwiegt mit 55% schon der Proporz.

Die Gemeinden Oberägeri, Menzingen und Walchwil fallen in die dritte Kategorie, dort leben 12% aller ZugerInnen.

Vier Kommunen zählen zwischen 5000 und 10'000 EinwohnerInnen, nämlich Unterägeri, Hünenberg, Steinhausen und Risch.

Die Mehrheit der ZugerInnen (56%) wohnt schliesslich in den Stadtgemeinden Zug, Baar und Cham.

Zusammengefasst heisst dies, dass alle ZugerInnen in Gemeinden leben, wo in den vergleichbaren Gemeinden mit eigener Wahlsystemkompetenz der Proporz deutlich überwiegt. 86% der ZugerInnen wohnen sogar in Kommunen, deren vergleichbare Gemeinden gesamtschweizerisch zu drei Vierteln ihre

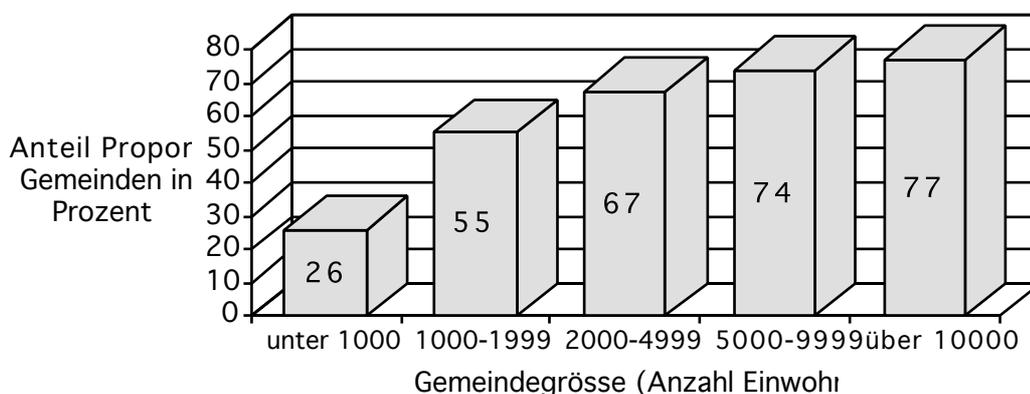
Exekutiven im Proporz wählen.

Die Majorzvorlage würde den Zuger Gemeinden ein Wahlsystem aufzwingen, das nicht nur ihrer Geschichte, sondern offensichtlich auch dem Charakter mittlerer und grösserer Gemeinden widerspricht.

Das immer wieder vorgebrachte Argument, dass der Exekutivproporz in der Schweiz etwas Exotisches sei, verblasst angesichts der Zahlen: 16 Kantone schreiben den Majorz vor, 8 Kantone lassen den Gemeinden die freie Wahl, und nur gerade Zug und Tessin schreiben den Proporz vor – und doch wählen 30% aller Gemeinden mit dem Proporzsystem.

Höhere Wahlbeteiligung beim Proporz

Hochinteressant sind die Resultate einer Grossuntersuchung, die das Institut für Politikwissenschaft Bern unter der Leitung von Andreas



**Zusammenhang von Gemeindegrösse und Wahlsystem in acht Kantonen mit freier Wahl des Wahlsystems**

Ladner in den letzten Jahren gemacht hat. Demnach liegt die Wahlbeteiligung in den 600 erfassten Schweizer Proporzgemeinden bei rund 72 %, während sie in den rund 1600 Majorzgemeinden lediglich 53% beträgt<sup>1</sup>. Lässt man bei den Majorzgemeinden jene Kommunen weg, die ihre Räte an Gemeindeversammlungen wählen, hebt sich der Prozentsatz von 53 auf 58%.

Der deutliche Vorsprung der Proporzgemeinden ist um so erstaunlicher, je grösser diese sind. Vor allem in den Städten und Agglomerationsorten ist in der Regel die politische Beteiligung tiefer, u.a. wegen der höheren Mobilität und der schwächeren Integration. Offensichtlich macht der Proporz diese Nachteile mehr als wett.

Interessant ist weiter, dass der Proporz hinsichtlich Wahlbeteiligung vor allem in den mittleren und kleineren Gemeinden dem Majorz überlegen ist. Im Kanton Bern beträgt die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei kommunalen Exekutivwahlen beim Majorz 34% und beim Proporz 56%. Allerdings schrumpft der Vorsprung in den bernischen Proporzgemeinden auf 1%, wenn nur die Urnenwahlen berücksichtigt werden. Um 4 bis 7 % grösser ist der Unterschied in den kleineren Gemeinden.

In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse für die Kantone Freiburg und Jura, in denen sämtliche Exekutiven an den Urnen gewählt werden. «Mit einer Ausnahme liegt die Beteiligung an Proporzwahlen in vergleichbaren Gruppen höher als an Majorzwahlen.»<sup>2</sup>

#### Mehr Vielfalt, Wettbewerb und Beteiligte

Warum führt der Proporz gerade bei kleineren und mittleren Gemeinden zu einer höheren Wahlbeteiligung? In solchen Gemeinden haben mittlere und kleinere Parteien und

Gruppierungen nur beim Proporz überhaupt eine Chance. Damit gibt es beim Proporz mehr Auswahl, mehr Konkurrenz, mehr Leben und mehr Beteiligung als beim Majorz.

Ladner schreibt dazu in seiner Studie: «Damit zusammenhängend dürfte es in Proporzgemeinden auch weniger häufig zu reinen Bestätigungswahlen kommen, da eine grössere Anzahl von Gruppierungen und bessere Aussichten auf Erfolg zu einer grösseren Zahl von Kandidierenden führen.»<sup>3</sup>

#### Majorz reduziert Auswahl

Gesamtschweizerisch finden sich nur in rund 20 Prozent der Majorzgemeinden Parteien, die nicht im Bundesrat vertreten sind. In den Proporzgemeinden sind es doppelt so viele.

Aber nicht nur die Parteiauswahl reduziert sich beim Majorz drastisch, auch die Auswahl bei den KandidatInnen ist wesentlich kleiner. So haben sich im Kanton Bern lediglich in 57% der 200 Majorzgemeinden mehr KandidatInnen zur Wahl gestellt, als effektiv Sitze zur Verfügung stehen – d.h. in mehr als zwei Fünftel der Majorzgemeinden kam es zu stillen Wahlen. Hingegen fanden in 90% der Proporzgemeinden echte Wahlen statt.

#### Proporz fördert Gemeinsinn

Zwar führt der Gemeindeproporz nicht zu einer höheren Beteiligung bei Abstimmungen und kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Aber eine grössere Anzahl an politischen Kräften, die in mittleren und kleineren Gemeinden stark vom Proporz abhängig ist, führt zu einer Vergrösserung der politischen Engagierten in Ämtern, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Parteien. Damit gibt der Proporz eine bessere Antwort auf ein Hauptproblem unserer

Demokratie: die Abnahme der Personen, die bereit sind, öffentliche Verantwortung zu übernehmen.

In den meisten Gemeinden des Kantons Zug, wo die politische Vitalität auffällig grösser und die Beteiligung spürbar stärker ist als in vergleichbaren Orten der vier Nachbarkantone mit Majorzsystem, würde der Majorz diese Errungenschaften über kurz oder lang zum Verschwinden bringen.

#### Frauen und Proporz

Interessant ist auch die Tatsache, dass in mehr als der Hälfte der Proporzgemeinden Frauen in der Exekutive sind. Beim Majorz sind es nur 36%. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen hatte bereits 1990 geschrieben: «Der Proporzgedanke könnte auch zur Verbesserung der politischen Repräsentation der Frauen angewandt werden.»

Im Unterschied zu einem verbreiteten Vorurteil sind Proporzexekutiven nicht zerstrittener und damit führungsunfähiger als Majorzgemeinden. Die erwähnte Grossuntersuchung von Ladner hat ergeben, dass unabhängig vom Wahlsystem um die 80% der Entscheide einstimmig gefällt werden.<sup>4</sup>

Allerdings dürften Entscheide von Proporzexekutiven eher tragen, weil die Einstimmigkeit dort mit einem breiteren und damit ausführlicheren Diskussionsprozess verbunden ist. ■

<sup>1</sup> Swiss Political Science Review 2 (4), 1996.

<sup>2</sup> a.a.O. S. 147.

<sup>3</sup> a.a.O. S. 148ff.

<sup>4</sup> Schweizer Monatshefte 2/92, S. 122.

# Der Proporzstolz der CVP

**Wer meint, der Majorz gehöre zur CVP wie das Amen zur Messe, täuscht sich. In der protestantischen Stadt Bern hat sie die Einführung des Majorzes erfolgreich bekämpft. Um die Jahrhundertwende haben die Katholisch-Konservativen zu den Vorkämpfern für das Verhältniswahlrecht gehört. Die Zuger CVP ist bis vor kurzem stolz auf ihre Errungenschaft gewesen. Und im Wallis macht sie sich Gedanken über die Einführung des Proporz.**

---

Josef Lang

---

In der Stadt Bern wollten vor fünf Jahren rechtsbürgerliche Kreise den 75jährigen Exekutivproporz abschaffen. Dagegen wehrte sich die grosse SP, aber auch die kleine CVP. Ihr Fraktionssprecher Sigisbert Lutz argumentierte folgendermassen: «Ebenso lehnen wir den Antrag, das Majorzsystem bei Gemeinderatswahlen einzuführen, ab, wäre dies doch ein politischer Rückschritt. Die Profiteure eines solchen Systems wären ausschliesslich die grossen Parteien. Die Partizipation kleinerer Gruppierungen ist nicht nur erwünscht, sondern sie trägt auch zur politischen Kultur bei.» (Protokoll Nr. 12, 5. März 1992, S. 340)

Dank dem beibehaltenen Proporzsystem wurde neun Monatespäter Therese Frösch für das linksalternative Grüne Bündnis in den Berner Gemeinderat gewählt. Bei den letzten Wahlen im Dezember wurde sie mit dem höchsten Stimmenanteil wiedergewählt. Genau wie Hanspeter Uster wurde sie nur dank dem Proporz majorzfähig.

«Billig, gerecht und geeignet»

Weniger erfolgreich im Kampf für den Proporz waren die vom sozialdemokratischen Grütliverein unterstützten Katholisch-Konservativen vor rund 90 Jahren im Kanton Aargau. Der katholisch-konservative Freiämter Nationalrat Jakob Nietispach machte sich am 8. Februar

1909 im Grossen Rat mit folgenden Worten stark für die Einführung des Proporz: «Meine Partei ist proporzfreundlich. Der Proporz ist billig, gerecht und geeignet, verschiedene Übelstände, die dem Majorz anhaften, zu beseitigen. Meine Partei wird sich für die Verhältniswahl auch des Regierungsrates einsetzen.»

## Stolze Zuger CVP

Aber auch die Zuger CVP war einstmals stolz auf den Proporz. Als die 68er Bewegung im Kanton Zug erst in den Anfängen steckte und sich noch kein Verlust der absoluten Mehrheit für die damalige Konservativ-christlichsoziale Volkspartei abzeichnete, publizierte die Partei zu ihrem 100. Geburtstag eine Festschrift: In dem im Juni 1970 als Separatdruck der Zuger Nachrichten (24.6.1970) erschienenen Text feiert die nachmalige CVP ihre Verdienste um den Zuger Proporz.

Der 38seitige Text hält unter anderem fest: «Die conservative Partei war sich ihrer Führeraufgabe jederzeit bewusst; das zeigt der Neubau der Kantonsverfassung im Jahre 1894. (...) Als ein wesentliches Merkmal, das man damals als Glanzstück bezeichnen durfte, war die Einführung der Verhältniswahl für alle Kollegialbehörden, erstmals in einem Kanton der deutschen Schweiz, zu betrachten. (...) Die grundlegende Neuerung ist zwei konservativen Führern zu verdanken, die das Proporzsystem während ihrer Studien in Löwen (Stadt in Belgien, Anm. d. Verf.) ken-

nengelernt hatten: Josef Hildebrand und insbesondere Dr. Josef Leonz Schmid.» (Josef Zumbach, S. 8f)

Tatsächlich spielte Belgien eine europäische Vorreiterrolle beim Proporz. Das hängt mit der Sprachenfrage zusammen, aber auch mit dem Umstand, dass in diesem Land drei Kräfte relativ gleich stark waren: Liberalismus, politischer Katholizismus und Sozialismus.

Der damalige Landschreiber Gerold Meyer doppelte im Parteilob nach: «Das auffälligste Merkmal ist die Wahlart der kantonalen Behörden nach dem proportionalen Wahlverfahren. (...) Der Kanton Zug hat damit als einer der ersten Kantone (...) den Minderheiten einen Rechtsanspruch auf Vertretung garantiert. (...) Bewährt hat sich vor allem das Verhältniswahlverfahren für den Regierungsrat, womit der Kanton Zug der Zeit weit vorausgeilt (...) Die anteilmässige Vertretung der Minderheiten zwingt die Parteien zur fruchtbaren Zusammenarbeit im Dienst der Gemeinschaft.» (S.11 und 13)

## Walliser CVP für Proporz?

Die Zuger CVP fällt mit ihren Anstrengungen, den Majorz wieder einzuführen, nicht nur hinter ihre eigene Vergangenheit zurück, sondern könnte sogar eine Walliser CVP rechts überholen. Im Wallis beginnt sich nämlich die Partei ernsthaft zu überlegen, den Proporz einzuführen, wenn man der NZZ vom 17. März glauben darf. ■

# Proporz: Immer noch «der Zeit voraus»

Auch wenn der Zuger Proporz 103 Jahre zählt, ist er viel zeit- und gesellschaftsgerechter als der Majorz. Während dieser auf der Fiktion einer einheitlichen Gemeinschaft baut, geht der Proporz von der Vielfalt von Ideen und Interessen aus. Gerade deshalb passt er besser in eine Gesellschaft, die geprägt ist durch Individualisierung und Pluralisierung. Er ist offener für Auseinandersetzungen und Konflikte, die Voraussetzungen für echten Konsens.

---

Josef Lang

---

Was für ein Politikverständnis hinter dem Majorz steckt, lässt sich gut zeigen an der wichtigsten Schrift, die gegen den Proporz in der Schweiz veröffentlicht worden ist. 1882 hatte der Bundesrat unter dem wachsenden Proporzdruck aus sozialistischen und konservativen Kreisen und von dissidenten Freisinnigen zwei Personen beauftragt, je ein Gutachten zu erstellen. Für den Proporz schrieb François Wille, der Vater des späteren Generals, für den Majorz der Chefideologe des offiziellen Freisinns und Berner Staatsrechtsprofessor Carl Hilty.

## Einheit statt Vielfalt

Hilty ging aus von Jean-Jacques Rousseaus Idee der «volonté générale», die das Besondere dem Allgemeinen völlig unterordnet. Hilty sagt, der Allgemeinwille beruhe «auf dem Grundgedanken einer Elite der Einsichtigsten und Besten des gesamten Volkes, nicht auf dem einer Vertretung aller, auch der Thörichten und Schlechten». Tatsächlich stand Hilty der direkten Demokratie sehr skeptisch gegenüber. Die Vorkämpfer des Initiativ- und Referendumsrechts waren weitgehend identisch mit denen des Proporz.

Hiltys Elite hat im Parlament nicht für «Strömungen, Meinungen, Interessen», sondern nur für

«das Volk als Ganzes» zu sprechen. Und was das «Volk als Ganzes» will, das entscheidet sich aufgrund einer rein rationalen, interessellosen parlamentarischen Beratung. Eine solche Argumentation, die vom Abstraktum einer «einheitlich denkenden Nation» ausgeht und die konkreten Einzelpersonen und -anliegen verpönt, erinnert stark an die stalinistische Überhöhung der «einheitlich denkenden Arbeiterklasse» auf Kosten der konkreten Individuen und ihrer Anliegen. Genau wie die Parteibonzen vertraten auch die freisinnigen «Bundesbarone» unter dem Deckmantel des Allgemeinen ihre Sonderinteressen – mit dem wichtigen Unterschied, dass letztere mehr Sachverstand besaßen.

(K)eine Partei

Hilty ging soweit, das Vertretungsrecht von Strömungen grundsätzlich in Frage zu stellen, die dem in der liberalen Bundesverfassung festgeschriebenen «volonté générale» widersprachen – z.B. Ultramontane (auf Rom ausgerichtete politische Katholiken) oder Sozialisten. Der Historiker Peter Kummer, der über den zürcherischen Proporzkampf eine Dissertation geschrieben hat, fasst Hiltys Ausgrenzung des Besonderen zugunsten des Allgemeinen klar zusammen: «Hiltys Ideal ist also der parteienlose Staat, in welchem bei jeder Entscheidung, bei jeder Wahl eine freie Mehrheitsbildung stattfindet, sich



Postkarte aus einem Proporzabstimmungskampf 1910. Die Frau hatte damals nur als Allegorie (Helvetia) etwas zu sagen.

Bild aus: Georg Kreis, Der Weg zur Gegenwart, Basel 1986

eine jedesmal neue Mehrheit hinter dem jeweils Wägsten und Besten zusammenschart und ihm in einem Vertrauensakt das Urteil darüber überlasst, was ihr Interesse sei.» Wer im Kantonsrat und in der vorberatenden Kommission den Majorz befürwortern genau zugehört hat, der hat oft ähnliche Töne vernommen. «Keine Partei» aber heisst, wie die Geschichte beweist, immer «eine Partei».

### Wahlen sind Parteiwahlen

Die Neue Zürcher Zeitung hat in einer Rezension von Hiltys Gutachten erklärt, dass es auch bei den Majorzwahlen Parteiungen gäbe – einfach weniger durchsichtig. «Die Wahlen (...) sind und bleiben im grossen ganzen Parteiwahlen.» (20.4.1883) Und der linksfreisinnige Vorkämpfer der Volksrechte und des Proporz Theodor Curti hat anhand der Vorbereitungsme-

thoden in der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung aufgezeigt, dass die Anliegen der interessierten Gruppen sehr früh erfasst würden, dass dieses Ernstnehmen der «Sonderinteressen» spätere Kompromisse erleichtere. Der Proporz würde einen solchen Prozess und die Kooperation der Gruppen optimieren. Andere betonten, dass gerade kleine Parteien «als Sauer-teig der Demokratie» nötig seien. (Erich Gruner, Die Wahlen in den Schweizerischen Nationalrat, Bd 1, Bern 1978, S. 581 bzw. 569.)

### «Der verträgliche Mann»

Worauf das Majorzbegehren der CVP letztlich hinausläuft, hat die konservative Tessiner Zeitung „Credente Cattolico“ vor 97 Jahren in einer Artikelserie unter dem Titel „L'uomo compatibile“ ausgeführt:

«Dass dasjenige Mitglied einer Exekutivbehörde, welches der Min-

derheit angehöre, dann eine viel freiere und selbstständigere Stellung habe, wenn es mit Hilfe des proportionalen Verfahrens von den eigenen Leuten gewählt worden sei, als wenn es unter dem Majoritätssystem durch Gnade der Mehrheit zu Sitz und Stimme gelange. Im letzteren Falle müsse es verträglich, compatible, sein, denn sobald es der Majorität unbequem werde, werde es wieder beiseite geschoben. Es sei daher besser für die Minorität, keinen Vertreter in der Regierung zu haben als nur einen compatible.» (zit. in Emil Klöti, Die Proportionalwahl in der Schweiz, Zürich 1901 S. 225.) Die aufgeschlossenen BürgerInnen von heute ziehen erst recht die «freieren» PolitikerInnen den stromlinienförmigen «Compatible» vor. ■

## Proporz gerechter als Majorz

---

**Proporz heisst: die Sitze werden proportional zur Stärke der Parteilisten verteilt.**

---

**Majorz heisst: die Sitze fallen an die Personen mit den meisten Stimmen.**

---

Da die – in der Innerschweiz ohnehin stärkeren – bürgerlichen Parteien oft Päckli schnüren, kön-

nen sie so viele Leute in die Regierung bringen, wie sie wollen, und auch die Leute auswählen, die sie wollen.

### Luzern

So haben in der Stadt Luzern, wo die Links-Grünen über einen Drittel der Stimmen machen, diese so viele Sitze, wie ihnen die Bürgerlichen zugestehen: einen. Das Grüne Bündnis hat trotz 15%-Stimmenanteil keine Chance auf eine Vertretung in der Exekutive.

### Wallis

Im Wallis hat die SP erstmals einen Regierungssitz gewonnen, weil sie

von der FDP unterstützt wurde und weil Bodenmann (neben Blocher) der bekannteste Schweizer Politiker ist. Sonst hätte die CVP Wallis mit gut 50% der Stimmen weiterhin 80% der Sitze.

### Genf

Im Kanton Genf haben sich die Bürgerlichen dank einer Einheitsliste mit der Hälfte der Stimmen alle Sitze geholt.

### Zug

1990 hätte Hanspeter Uster beim Majorz keine Chance gehabt: er lag «bloss» an 9. Stelle.

# «Fiirs Criitschrs»

Teil 2 oder nicht Teil 2? Tatsache ist, dass das Drehbuch zu «Fierce Creatures» vom gleichen Mastermind stammt wie dasjenige des 1988er Klassikers «A Fish Called Wanda», die Hauptdarsteller ebenfalls dieselben sind, die Charaktere und die Story jedoch nichts mit dem Original zu tun haben. Für alle Monty-Python-Fans exklusiv im Bulletin nachfolgend eine Vorabbesprechung.



Thomas Ulrich

DEPART  
18/

Das Chaos im Film kommt hauptsächlich aus einem kleinen Zoo, den der knallharte Industriemagnat Rod McCain (Kline) erworben hat. Das Ziel für Rod ist klar: Entweder wirft der Zoo bald 20% Profit ab, oder er wird geschlossen. Willa (Curtis) kommt, um ihren ersten Arbeitstag bei Rods Octopus Inc. hinter sich zu bringen, als sie erfährt, dass ihre Abteilung soeben verkauft wurde. Die Powerfrau ist jedoch überzeugt, dass es in Rods Imperium Arbeit für sie gibt. Sie erfährt vom Zoo und will den Job als dessen Leiterin. Mit dieser Aufgabe wurde jedoch Rollo (Cleese) beauftragt.

Für Rollo ist es klar: Um die 20% Profit-Grenze zu erreichen, müssen am Zoo drastische Änderungen vorgenommen werden. Die Besucher verlangen Action, nicht herumliegende Viecher, also sollen «fierce» (wilde) Tiere her. Tiere, die nicht blutrünstig und angsteinflössend sind, werden eliminiert. Die Tierwärter sind natürlich empört; um seinem Plan jedoch Nachdruck zu verleihen, geht Rollo hin und erschießt gleich ein paar Tiere der zahmeren Sorte.

Als Willa mit Rods Sohn Vince (Kline) im Zoo auftaucht, ist Rollos Plan schon voll am Laufen. Die Wärter geben sich alle Mühe, das Image der Tiere dem neuen Konzept anzupassen und den Besuchern vorzuspielen, was für ein Killer so ein

Ameisenbär doch ist. Das alles ist schon recht absurd. Vergessen wir aber nicht, dass das Drehbuch von einem Monty-Python-Kopf stammt. So beginnt der wahre Terror erst, als Vince seinen Masterplan für den Zoo umzusetzen beginnt. Dieser setzt voll auf Sponsoring, Synergien mit Firmen etc. Die Wärter werden zu wandelnden Werbesäulen, Bruce Springsteens Hauschildkröte soll die neue Attraktion sein undsoweiter. Der Höhepunkt ist wohl der Tiger mit dem «Absolut Fierce»-Überwurf.

Der Film ist strenggenommen keine Fortsetzung von «Wanda». Trotzdem kommt man nicht darum herum, ihn mit diesem Klassiker zu vergleichen. So gesehen ist «A Fish Called Wanda» das grösste Handicap von «Fierce Creatures». Der Humor ist ähnlich und daher nicht mehr so frisch, wie dies beim 88er Film der Fall war. Dennoch wurde hier das Unmögliche möglich gemacht, und es ist ein würdiger Nachfolger entstanden, der die Erinnerungen an «Wanda» nicht verdirbt.

«Creatures» ist eine ausgewogene Mischung von Slapstick und Dialogwitz (nämlich pausenlos von beidem). Die ganze Bandbreite von Humor ist enthalten. Vom pythonmässigen Leichenschänden bis zur feinen Zwischenbemerkung, die man vor lauter Lachen verpasst, ist alles dabei.

Cleese spielt den Basil-Typ aus «Fawly Towers», wie das eben nur Cleese kann. Curtis beweist, dass sie eine der wenigen Schauspielerinnen

ist, die zur gleichen Zeit witzig und sexy sein kann. Palin, in «Wanda» der Stotterer, ist hier als der geschwätzigste Entomologe nicht zu stoppen, und Kline, hier in einer Doppelrolle, hat schon für «Wanda» einen Oscar erhalten.

Die Produktion des Films bereitete einige Mühe. Gefilmt wurde im Sommer 1995. Das Publikum reagierte jedoch negativ auf die Testvorführungen, und so entschied sich Cleese, den Schluss neu zu schreiben. Unterdessen waren aber die Darsteller schon in andere Projekte involviert – Palin jettete für eine Tierdokuserie (!) um die Welt –, so dass erst letzten Herbst mit einem anderen Regisseur fertig gedreht werden konnte.

Wer wieder einmal eineinhalb Stunden grölen und schenkelklopfen will, sollte sich diesen Film anschauen. ■

## « Fierce Creatures »

**Regie:** Robert Young, Fred Schepisi

**Buch:** John Cleese, Iain Johnstone

**Darsteller:** *Rollo Lee:* John Cleese, *Willa Weston:* Jamie Lee Curtis, *Vince McCain / Rod McCain:* Kevin Kline, *Adrian (Bug - sy) Malone:* Michael Palin

USA 1997 - Cinemascope - DTS Digital - 93min

**Verleiher:** UIP, Zürich.

**Start Deutschschweiz:** 13.6.97



14. Juni 1991  
Frauenstreik



Was ist  
Unfallprojekt  
Eis-Deckel  
Argumente statt Umkehr?  
Jäger Kipferle  
Geld statt Bunt  
Tropen-Haus  
"Kühne Marktgeleiter"



Städteplanung



Ries auf der Schladkopf  
HEAT-Debatte  
Gleichstellung durch Tarifvertrag  
Köln: Aufwandsersatz Bilanz  
Energie für die Syntheserling



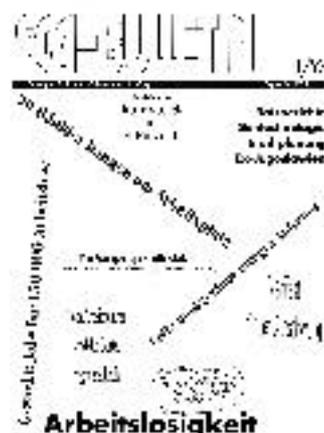
Die  
Schweiz  
und  
Europa

Der 6.  
Dezember  
und  
Jugend



2 Jahre  
danach

Welche  
TWS-Kunden?  
Berufliche  
Eckdaten  
Doppel-Spenden?



30. Jubiläum Jubilee der Arbeitslosigkeit  
Gewerkschaft für 100.000 Arbeitslose  
Arbeitslosigkeit



Rechtsstrukturen  
Anbietermarkt  
Anbietermarkt-Preis  
Energie- und Substitutions  
Rechenarten



TÜHLE RÜCKEN  
Der 100.  
Jubiläum der  
Rechenarten  
Rechner  
Rechner



Rechenarten  
Rechenarten  
Rechenarten



Rechenarten



Der  
und der  
Helmert



Der  
und der  
Helmert



100 Jahre  
Interieur mit  
Brennholz



100 Jahre  
Interieur mit  
Brennholz



Städteverkehr



Städteverkehr

# «Schizophrene Züge»

Die Zuger Spitalpolitik erhitzt die Gemüter. Zu Recht, wie das nachfolgende Gespräch mit Manuela Weichelt und Erich Sigrist zeigt.

**Manuela Weichelt:** 30, Kantonsrätin der Frischen Brise und seit Anfang 97 Fraktionschefin der Alternativen Fraktion, wohnt in Steinhausen. Diplomierte Sozialarbeiterin HFS und Leiterin der ZOPA. Seit November 1994 Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Spitalfragen. Zurzeit Ausbildung zum «Master of Public Health».

**Erich Sigrist:** 48, Allgemeine Medizin FMH mit eigener Praxis in Steinhausen. Mitglied der SP und von «Ärzte für soziale Verantwortung» sowie von «Ärzte für Umweltschutz».

---

Martin Stuber\*

---

*Bulletin:* Manuela, kannst Du kurz die Beschlusslage bezüglich Spitalplanung in Erinnerung rufen und etwas zum Fahrplan sagen?

*Manuela Weichelt:* Ende Januar hat der Kantonsrat den Zwischenbericht der Regierung zur Motion Stawiko in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Das bedeutet grünes Licht für den Regierungsrat, eine Bauvorlage für ein Zentralspital «auf der grünen Wiese» und für die Bereitstellung der zusätzlich nötigen Rehabilitationskapazitäten sowie eine Revision des Spitalgesetzes und des Gesetzes über das Kantonsspital vorzubereiten. Damit wird de facto die keine zwei Jahre alte Zuger Spitalplanung von 1994 mit dem Kantonsspital Zug und dem Spital in Baar über den Haufen geworfen. Der Bericht der Regierung lässt offen, ob die AMI-Klinik in Cham einbezogen werden soll (Variante Zentralspital plus). Das Projekt wird zusammen mit der revidierten Spitalplanung spätestens Ende Jahr in den Kantonsrat kommen.

*Bulletin:* Die Kantonsratskommission hat mit 9:0 bei 4 Enthaltungen für ein Zentralspital mit 180 Betten votiert. Das kommt doch implizit einer Anerkennung für ein zweites Spital – eben die AMI-Klinik in Cham – gleich?

*Weichelt:* Richtig. 180 Betten werden

selbst gemäss Steuerungsgruppe für die Akutversorgung nicht ausreichen. Der Tenor in der Kommission war, dass ein Privatspital auf die Spitalliste müsse, aus Wettbewerbsgründen. Dabei ist auch taktisches Kalkül im Spiel, der Ennetsee soll für die neue Spitalplanung gewonnen werden.

*Bulletin:* Aber widerspricht das nicht dem Konzept eines Zentralspitals, wie es in dem Bericht von Mummert und Partner (M+P) postuliert wird?

*Weichelt:* Tatsächlich, die Gedankengänge der EntscheidungsträgerInnen wirken schizophren: Die ursprüngliche Idee, aus zwei Spitälern ein Zentralspital zu machen, mündet im tollkühnen Vorschlag, zwei bestehende, gut funktionierende Spitäler durch zwei neue zu ersetzen.

*Bulletin:* Wie gut war eigentlich die Kommission informiert?

*Weichelt:* Die Kantonsratskommission hat den Bericht von Mummert und Partner an der entscheidenden Sitzung gar nicht zur Verfügung gehabt, wir haben vorab nur eine kurze Zusammenfassung bekommen. Der längst vorliegende Bericht wurde mir trotz mehrmaligem hartnäckigem Insistieren nicht zugestellt! Der Kommissionspräsident Willy Bernet (CVP) rechtfertigte diese Geheimniskrämerei mit dem Hinweis, wir müssten halt Vertrauen in M+P haben, und schliesslich seien wir ja keine Fachleute, und es sei auch nicht

unsere Aufgabe, den Bericht im Detail zu diskutieren...

*Bulletin:* Die Kantonsratskommission hat dem neuen Versorgungskonzept gemäss Mummert und Partner zugestimmt, mit der Empfehlung an den Kantonsrat, die Spitalplanung entsprechend zu revidieren, ohne den Bericht lesen zu können?



**«Die Kantonsratskommission hat den Bericht von M+P an der entscheidenden Sitzung gar nicht zur Verfügung gehabt.»**

Bild Bulletin

*Weichelt:* Ja. Mit 10:0 bei 3 Enthaltungen. Wir haben den Bericht schlussendlich dann noch bekommen, aber erst im nachhinein, als in der Kommission alles schon gelaufen war.

Mein Antrag auf einen Aufschub, bis wir fundierte Daten haben, wurde mit 9:4 abgelehnt. Offensichtlich

ging es um rein politische, um nicht zu sagen populistische, aber sicher nicht um sachbezogene Entscheidungen.

Es geht jetzt aber noch weiter: Im Bericht von (M+P) werden diverse Sparmassnahmen postuliert, die unabhängig von der weiteren Planung schon jetzt realisiert werden können. Für deren Umsetzung, die schon begonnen hat, wird der Kantonsrat im nachhinein einen Nachtragskredit von 720'000 Franken sprechen müssen...

*Bulletin:* Und wieso hat die Sanitätsdirektion den Bericht nicht herausrücken wollen?

*Weichel:* Sie haben keine Diskussion über «Details» gewollt, die dazu hätte führen können, u.a. den Grundsatzentscheid Zentralspital in Frage zu stellen. Ohne den Bericht im Detail zu kennen, ist es natürlich auch nicht möglich, dessen Schlussfolgerungen zu hinterfragen.

*Erich Sigrist:* Die Herausgabe des Berichtes ist mit gutem Grund so lange hinausgezögert worden. Mummert und Partner sind nicht unvoreingenommen an die Arbeit gegangen, das Resultat stand zum vorneherein fest. Dazu ein Zitat aus dem Vorwort des Versorgungskonzeptes: «Vor diesem Hintergrund sind wir im Zugerischen Gesundheitswesen neue Wege und Konzeptionen angegangen und haben versucht, aus der Praxis die Rufer in der Wüste zu bestätigen.»

*Weichel:* Die fachliche Kompetenz von Mummert und Partner darf im übrigen angezweifelt werden: Sie sind erst seit fünf Jahren in der Schweiz tätig, bisher v.a. im EMD. Das Versorgungskonzept für das Zuger Gesundheitswesen ist ihr erster derartiger Auftrag in der Schweiz!

*Sigrist:* Auf der Zürcher Gesund-

heitsdirektion hat man sich denn auch über die Zuger Auftragserteilung an M+P gewundert...

Besonders stossend finde ich auch, dass sich diese Firma mit ihrer «Studie» gleich noch einen Nachfolgeauftrag für mehrere hunderttausend Franken geschaffen hat. Es stimmt wohl doch: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

*Bulletin:* Nun, da der Bericht doch vorliegt: Wie schätzt Ihr ihn ein?

*Weichel:* «Vorliegen» ist zuviel gesagt: Erhalten haben ihn nur die Spitalkommissionsmitglieder. Für den Rest der ZugerInnen ist er bloss einsehbar oder gegen Bezahlung von 300 Franken auf der Sanitätsdirektion zu beziehen.

Zum Inhalt: Der Bericht ist nachweislich fehlerhaft, z.B. was die Bevölkerungsentwicklung betrifft oder etwa falsche Spitalbelastungszahlen. Am schwerwiegendsten ist aber, dass keine ganzheitliche Sichtweise dahintersteht. So wurden beispielsweise die Kosten für die beim Zentralspital-Konzept zusätzlich nötigen Rehabilitationskapazitäten und für den SPITEX-Ausbau gar nicht in die Wirtschaftlichkeitsrechnung mit einbezogen. Diese Wirtschaftlichkeitsrechnung ist demzufolge schlicht falsch. Ebenso werden die sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht aufgezeigt.

*Sigrist:* Der Bericht formuliert realitätsfremde Wunschvorstellungen, statt fundierte und realistische Fakten zu präsentieren, auf denen die Spitalplanung basieren könnte. Viele vorgeschlagene Sparmassnahmen laufen auf eine blosser Kostenverlagerung statt auf eine wirkliche Kosteneinsparung hinaus.

*Weichel:* Das Outsourcing des Reini-

gungsdienstes beispielsweise läuft auf eine Lohnreduktion für die Angestellten hinaus, die dann im ungünstigsten Fall Sozialhilfe beanspruchen müssen (working poor).

Es werden allerdings auch sinnvolle Kosteneinsparungen vorgeschlagen, aber deren Effekt wird völlig überschätzt.



**«Herr Frick von Mummert und Partner schaut für einen Tagesansatz von 1600 Franken der Putzfrau auf die Finger und sucht nach Optimierungen im Reinigungsdienst.»**

Bild Bulletin

Die jetzt in Angriff genommenen Sparmassnahmen im Kantonsspital wurden vom dortigen Kaderpersonal in Workshops erarbeitet – aber die Begleitung der Umsetzung wird für teures Geld an eine auswärtige Consultingfirma vergeben.

*Sigrist:* Bildlich gesprochen: Herr Frick von Mummert und Partner schaut für einen Tagesansatz von 1600 Franken der Putzfrau auf die Finger und sucht nach Optimierungen im Reinigungsdienst. Herr Frick verdient in zwei Tagen wohl mehr als die Putzfrau in einem Monat. Die ganze Übung mit externen Beratern



**«Massives Sparen ist unweigerlich mit Leistungsabbau verbunden. Wollen das die Leute?»**

Bild Bulletin

kostet ein Heidengeld, gebracht hat es bisher nicht viel. Die in den Medien herausgestrichenen 16 Mio. Franken Einsparungen an Betriebskosten in einem Zentralspital basieren einzig auf einer Aussage in der Baustudie der Firma Steiner. Ausserhalb ihres Auftrages hat diese «Überlegungen angestellt, die als sehr grobe Kostenschätzungen zu verstehen sind» (wörtliches Zitat!). Eine Frechheit ist es, dass bei diesen 16 Mio. die betriebswirtschaftlich optimierten Kosten für 200 Betten in einem Zentralspital den heutigen realen Kosten von 250 Betten in den Spitälern Zug und Baar gegenübergestellt werden. Laut Mummert und Partner soll aber bereits bei den heutigen Strukturen durch Optimierungen ein Einsparpotential von 10 Mio. Franken bestehen.

*Bulletin:* Zusammenfassend hat also die Sanitätsdirektion vor weniger als drei Jahren eine Spitalplanung beschliessen lassen (mit den zwei Spitälern Zug und Baar), hat letzten Sommer eine entsprechende Spitalliste vom Regierungsrat verabschieden lassen, und ein paar Monate spä-

ter hilft die gleiche Sanitätsdirektion, ein fragwürdiges Versorgungskonzept durchzuboxen, das diese Spitalplanung über den Haufen wirft - und erst noch einen Haufen Geld kostet.

*Sigrist:* Mein Eindruck ist, dass die Sanitätsdirektion keine eigene Politik verfolgt, sondern wankelmütig nach einer politischen Konsenslösung schiebt, auch um sich aus der Schusslinie des Kampfes um die Spitalliste zu begeben.

Ich frage mich auch, wozu der ganze Aufwand mit sehr teuren externen Beratern getrieben wird - wir haben doch hochbezahlte Chefbeamte auf dieser Direktion, die diese Aufgaben weitgehend selber erledigen müssten.

*Bulletin:* Wer macht denn de facto die Spitalpolitik im Kanton Zug, wenn nicht die Sanitätsdirektion?

*Weichelt:* Zurzeit die Stawiko (Staatswirtschaftskommission), mit mehr politischem Kalkül als mit gesundheitspolitischem Fachwissen.

*Bulletin:* Was hat denn die Alternative Fraktion im Kantonsrat unternommen? In der Berichterstattung

der Tagespresse war darüber nur wenig zu erfahren.

*Weichelt:* Wir sind bereit, die derzeit gültige Spitalplanung in Frage zu stellen und andere Lösungen zu prüfen. Aber dazu braucht es erst mal eine fundierte Analyse und Fakten. Wir haben deshalb beantragt, unverzüglich die folgenden sechs Punkte zu klären und Bericht zu erstatten, bevor dem Regierungsrat weitere Aufträge erteilt werden:

1. Es ist eine vergleichbare Betriebskostenrechnung für folgende vier Varianten zu erstellen:
  - a) neues Zentralspital
  - b) Zentralspital in einem bestehenden Spital
  - c) bisherige Spitalplanung (Zug und Baar)
  - d) Zentralspital plus Privatklinik
2. Es ist eine realistische Bettenzahl mit korrektem Datenmaterial zu berechnen.
3. Die Kosten für die Vor- und Nachsorge müssen bekannt sein.
4. Die Investitionskosten mit der tatsächlich benötigten Bettenzahl und einem geschätzten Land- und Finanzierungspreis müssen berechnet werden.
5. Die Realwerte der allenfalls nicht

## Geheime Staatssache

Wer den umstrittenen Bericht von Mummert und Partner mit eigenen Augen lesen möchte, wird vom zuständigen Chefbeamten Nützi abgewimmelt: 300 Fr. will er für den 300seitigen Ordner, «der nie zur Veröffentlichung für das Publikum vorgesehen gewesen sei». Im übrigen sei es nicht sinnvoll, daraus zu zitieren, der Bericht sei jetzt in Überarbeitung. Den Einwand, dass immerhin die Zuger Spitalplanung aufgrund des Berichtes umgestos-

sen wurde und dass eine Kopie kaum mehr als 20 Rp. koste, mithin der Bericht wenigstens zum Selbstkostenpreis von 60 Fr. bezogen werden können sollte, entlockt dem obersten Zuger Spitalplaner nur den Kommentar, dass die Sekretärin, welche die Kopien mache, nicht gratis sei. Kopierer mit automatischem Blatteinzug sind auf der Sanitätsdirektion wohl ein Fremdwort? Und wofür bezahlen wir eigentlich Steuern?

mehr als Spitäler zu benützenden Gebäude und die Abschreibungen müssen erhoben werden.

6. Die gesundheits- und sozialpolitischen Auswirkungen des neuen Versorgungskonzeptes müssen beschrieben werden.

Diese sechs Punkte weisen auf die wichtigsten Mängel des Versorgungskonzeptes von Mummert und Partner hin.

Der Antrag wurde leider mit 51 zu 9 abgelehnt. Geschlossen dafür gestimmt hat die Alternative Fraktion, vereinzelt Stimmen gab es auch aus FDP und SP.



«Der Prozess Richtung Zweiklassenmedizin hat bereits angefangen. Und die Folgen einer Kapazitätsverknappung werden bewusst verschwiegen.»

Bild Bulletin

*Bulletin:* Ist in einem kleinen Kanton wie Zug eine Spitalplanung überhaupt sinnvoll machbar?

*Sigrist:* Das neue KUVG verpflichtet die Kantone dazu. Ich denke aber schon, dass es auch im Kanton Zug sinnvoll ist. Die grosse Mehrheit der stationären Behandlungen und Eingriffe sind Routineeingriffe, die in

sehr grosser Zahl anfallen und dezentral durchgeführt werden können. Dafür kann auch in einem kleinen Kanton eine sinnvolle Bedarfsplanung erstellt werden.

Für mich ist wichtig, dass es sich dabei um eine Minimalplanung handelt, welche für die gesamte Bevölkerung unbeschadet der finanziellen Ressourcen und des Versicherungsstatus der einzelnen Person eine qualitativ gute medizinische Versorgung sicherstellt. Im Gegensatz dazu steht die gängige Vorstellung der Spitalplanung als Maximalplanung, welche das Angebot limitieren will und damit die Gefahr einer medizinischen Unterversorgung in sich birgt – was garantiert auf Kosten der sozial Schwachen gehen wird. Wie soll denn ein Wettbewerb spielen bei zu knappem Angebot?

*Bulletin:* Eine versteckte Rationierung also?

*Sigrist:* Ja. Der Prozess Richtung Zweiklassenmedizin hat bereits angefangen. Und die Folgen einer Kapazitätsverknappung werden bewusst verschwiegen. Bei mangelnden Bettenkapazitäten wird es unweigerlich Wartelisten geben, mit Folgekosten bezüglich verlängerter Arbeitsunfähigkeit. Die Gefahr der Diskriminierung von PatientInnen mit zusätzlichen Krankheiten wird sehr gross: So würde z.B. eine Patientin mit starken Hüftschmerzen, die gleichzeitig zuckerkrank, evtl. sogar herzkrank ist, wohl sehr lange auf ihre Prothese warten müssen, möglicherweise bis zu ihrem Tod.

*Bulletin:* Aber Ihr stimmt mir bei, dass man die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen irgendwie in den Griff bekommen muss?

*Sigrist:* Mit punktuellen Rationalisierungen werden wir die Kosten nie in den Griff bekommen. Wir schräu-

beln hier an ein paar Prozenten herum. Studien aus den USA belegen das übrigens.

Natürlich sollen die bestehenden Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, darüber besteht allgemeiner Konsens. Gedanken machen sollte man sich über neue Finanzierungssysteme, z.B. die Wiedereinführung der Spitalsteuer usw.

*Weichelt:* Für die Entlastung der PrämienzahlerInnen sollten zumindest die bestehenden Möglichkeiten auch genutzt werden. Der Kanton Zug könnte 100% der Prämienverbilligung beim Bund einfordern statt der jetzigen 50%, die zusätzlichen Kosten, die der Kanton dann zuschiesse müsste, wären zu verkraften.

Zu bedenken ist: Massives Sparen ist unweigerlich mit Leistungsabbau verbunden. Wollen das die Leute? Verständlicherweise stöhnen heute alle über die massiv gestiegenen Krankenkassenprämien. Aber wir wurden bisher noch nie gefragt, wieviel Prozent des Bruttosozialproduktes wir für das Gesundheitswesen aufbringen wollen und auf welche Leistungen wir denn verzichten würden, wenn wir selber krank würden. Ich weiss nur, dass in allen Umfragen die eigene Gesundheit eine sehr hohe wenn nicht die höchste Priorität bei den Leuten hat. Ich bezweifle, dass heute ein Leistungsabbau mehrheitsfähig ist.

*Bulletin:* Was können wir gegen den laufenden Planungswahnwitz tun?

*Weichelt:* Ein Referendum gegen die Spitalplanung im nächsten Winter, das wir ins Auge fassen müssen, würde hoffentlich die Planungstraumtänzer vom abgehobenen Himmel wieder auf den Boden der Realität zurückholen. ■

\* Das Gespräch fand am 12. März statt.

# Als Neuling im Kantonsrat

Heute stehen gewichtige, vieldiskutierte Traktanden an, es werden folgenreiche Entscheide gefällt. Die weniger als zwei Jahre alte Spitalplanung soll schon wieder komplett geändert werden, und der Majorz soll eingeführt werden. Bei der Komplexität gerade des ersten Themas bemerke ich sogleich meine Sorge, ob wir eine Chance haben, aus eigener Sachabwägung heraus zu einem ausgewogenen und gerechten Entscheid kommen zu können.

---

Ruth Wyss

---

Bei der Beurteilung verschiedener Fragen sind wir zu einem grossen Teil von unserem Weltbild geprägt und vertreten so eine ganz bestimmte Gesellschaftsgruppe. Die Adjektive «richtig» oder «falsch» genügen in unserer komplexen Welt nicht mehr. Vor diesem Hintergrund kommt der Meinungsvielfalt in allen politischen Gremien durch Vertretung auch kleinerer Gruppen eine überragende Bedeutung zu.

## Vormittagssitzung

Die vorhergehenden Überlegungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Frage nach dem Wechsel vom Proporz- zum Majorzwahl-system (Majorzverfahren für Exekutive). Diese Meinungsvielfalt muss auf allen politischen Ebenen gesichert werden. Durch den Majorz wäre sie verloren. Nicht ganz geschlossen dafür stimmten die Bürgerlichen, geschlossen dagegen die Linken. Es gibt also auch Bürgerliche, die diesen Systemwechsel als undemokratisch ablehnen.

Nachdem bei den Abstimmungen die Parteiräson noch recht klar ersichtlich wurde, schien diese erfreulicherweise beim Mittagessen weitgehend aufgelöst. Mann/Frau sass, politisch bunt durchmischt, an schön gedeckten Zehner-Tischen, an denen es sich über die Gedecke hinweg, angenehm reden liess. Es hat mich auch gefreut, von einer

Mehrzahl der Kantonsrätinnen und -räte spontan begrüsst worden zu sein. Diesen kantonsrätlich kollegialen Umgang konnte ich auch auf der sehr interessanten Reise der Kommission öffentlicher Verkehr nach Karlsruhe miterleben, wo wir das zukunftssträchtige Stadtbahnssystem studieren konnten.

Im krassen Gegensatz zum beschriebenen informellen Umgang standen die starren Abläufe, die Förmlichkeiten wie die ausgedehnten Anreden am Anfang der Voten und die Genehmigung meiner Wahl. Sie machten einen etwas steifen Eindruck auf mich. Trotzdem ist mir klar, dass es für einen möglichst rei-

bungslosen Ablauf in einem solchen Amtsapparat Regeln, geschriebene und ungeschriebene, braucht.

## Nachmittagssitzung

Schade nur, wenn «Teilnehmende» während des Spiels die Regeln nach ihrem Gutdünken abändern. So geschehen, als die Motion der Alternativen Fraktion (AF) betreffend der «Besteuerung von leistungslosen Einkünften und Kapitalgewinnen», völlig entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten mit 46:22 Stimmen nicht überwiesen wurde.

Bei diesem Vorkommnis spürte ich als Neueinsteigerin, wie schwierig es sein kann für kleine Parteien,



**Ende November 95 beschloss der Kantonsrat den Bau der 4.3 Mio Fr. teuren Tiefgarage für das Kantonsspital - gegen die Opposition der Alternativen Fraktion. Mitte Februar 96 reichte die STAWIKO ihre Motion bezüglich Zentralspital ein, wohlwissend, dass dies das Ende des Kantonsspital bedeuten würde.**

sich mit unbequemen Anliegen durch eine sachliche Diskussion Gehör zu verschaffen. Die Diskussion wurde von der bürgerlichen Mehrheit gar nicht erst zugelassen. So einfach ist das!

#### Spitalplanung umgestossen

Mit Spannung habe ich die Debatte zur Zuger Spitalplanung erwartet – ein Thema, das mich als Krankenschwester direkt betrifft und sehr interessiert. Eine kurze Rückblende mag helfen, den heutigen Kantonsratsentscheid einzuordnen:

**Juni 93:** Regierungsrat stellt Antrag an den Kantonsrat: neue Spitalplanung, statt 4 nur noch 2 Spitäler...

**August 94:** Bürgergemeinde Cham gibt bekannt, die AMI AG plane in Cham ein Privatspital...

**September 94:** Kantonsrat verabschiedet in 2. Lesung die neue Spitalplanung, d.h. 2 Spitäler, mit nur 4 Gegenstimmen. Darin sind als bedarfsgerecht und subventionsberechtigigt das Kantonsspital Zug und das Spital Baar aufgeführt.

**Juni 95:** Baubeginn AMI-Klinik Cham.

**Februar 96:** Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) reicht am 14.2.96 eine Motion betreffend Weiterführung der Zuger Spitalplanung ein, die erheblich klärt wurde. Sie verlangt schwerpunktmässig vom RR Abklärungen betreffend:

- Zusammenführung des Kantonsspitals Zug und des Spitals Baar in einer gemeinsamen, nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führenden neuen Trägerschaft.

- Gemeinsame Lösung für den bei beiden Krankenanstalten bestehenden baulichen Erneuerungsbedarf in Form eines Zentralspitals.

- «Check-up» der geltenden Spitalplanung im Hinblick auf die für Akut- und Langzeitpatienten angenommenen Kennzahlen.

**April 96:** Der RR beauftragte die Firma Mummert und Partner AG Zürich (M+P), ein optimales Spitalversorgungskonzept zu erarbeiten, das auf den Spitalleistungen des Kantons im Jahr 1995 basiert.

**September 96:** Die geplante Eröffnung der AMI-Klinik in Cham fällt ins Wasser, diese Klinik steht nicht auf der Spitalliste. Der Rekursentscheid aus Bern ist noch hängig.

An der Sitzung stehen Bericht und Antrag des RR (basierend auch auf der Studie von M+P) zur Motion der Stawiko betreffend Weiterführung der zugerischen Spitalplanung auf der Traktdandenliste.

Zum Inhaltlichen des Votums von Manuela Weichelt und zum Antrag der AF siehe den Artikel auf Seite 14.)

In meinem Votum habe ich mich auf den Aspekt der Rehabilitation konzentriert, da ich überzeugt bin, dass die Vernachlässigung dieses Bereiches schwerwiegende gesundheitspolitische und kostenmässige Auswirkungen haben wird.

«Der Begriff der Rehabilitation ist in der Zusammenfassung des Gutachtens von M+P wie auch in der öffentlichen Diskussion sehr diffus geblieben. Einerseits wird der Begriff der Rehabilitation im Gutachten für eine Nachsorge à la «Hotel Garni» benützt, andererseits sollte eine Rehabilitationsklinik den in der Studie berechneten gekürzten Spitalaufenthalt kompensieren. Zwischen beiden Vorstellungen liegen jedoch medizinisch-pflegerische Welten. Rehabilitation praktisch gleichzusetzen mit Sparen – diese Rechnung wird nie aufgehen!

Zu grossen Mehrkosten kommt es aber auch bei Rückfällen infolge von verfrühten Verlegungen in eine Rehabilitationsklinik. In den USA zeichnet sich deshalb die Tendenz ab, die Aufenthaltsdauer in den Spitalern wieder zu erhöhen. Auch die ambulanten Eingriffe werden we-

gen der erhöhten Gefahr von Komplikationen mit grösserer Zurückhaltung eingesetzt. Das Spektrum notwendiger Rehabilitationen ist sehr weit und bedarf deshalb einer genaueren Analyse, denn nur so kann die Rehabilitation im Rahmen einer seriösen Spitalplanung bedarfsgerecht geplant (da teilweise sehr aufwendig) und auch kostenmässig richtig eingeschätzt werden.»

Schliesslich nahm der Rat den Regierungsbericht als Zwischenbericht zur Motion der Stawiko zur Kenntnis. Die Regierung gab die Zusicherung ab, weiterhin eine offene Planung, in der verschiedene Varianten geprüft würden, zu verfolgen.

Wir von der Alternativen Fraktion werden nun aufmerksam verfolgen, ob die Abklärungen genügend fundiert und auch im Sinne unseres Antrages ausgeführt werden. ■

## Erkenntnisse in den USA

Seit Einführung der Fallkostenpauschale (d.h. es wird ein fixer Betrag pro definiertem Fall ausbezahlt) werden markant mehr PatientInnen mit Oberschenkelhalsfrakturen in Pflegeheime eingewiesen und bleiben auch da. Grund: Die kurze Aufenthaltsdauer und damit auch kurze Nachsorge in den Akutspitalern und die nicht auf spezifische Rehabilitation dieser Leute eingerichteten Heime bewirken, dass die gezielte Förderung durch Physiotherapie etc. wegfällt. Diese PatientInnen bleiben von Hilfe abhängig. Bei guter Rehabilitation wäre ein grösserer Teil dieser Leute nochmals nach Hause zurückgekehrt. Unterm Strich entstehen höhere Kosten!

# Überflüssige Operationen

Über ihr Beratungstelefon wurden die Frauen der Gruppe Frauengesundheitszentrum Zug (FGZ) in den letzten Jahren zunehmend mit Fragen rund um das Thema Gebärmutterentfernung konfrontiert. Als Resultat davon hat das FGZ vor knapp einem Jahr eine Broschüre zum Thema Gebärmutterentfernung publiziert, die nicht nur in Zug auf Interesse gestossen ist.

---

Arlene Wyttenbach

---

Angefangen hat es mit Anrufen von Frauen, die nach einem Myombefund innert weniger Tage zu einer Operation angemeldet wurden. Ihre Ängste und Verunsicherung waren gross. Die plötzliche Häufung der Anfragen nährte den Verdacht, dass zwischen den schnell angesetzten Operationsterminen und der möglichst hohen Bettenbelegung der Spitäler ein Zusammenhang besteht. Wir entschlossen uns deshalb zur Erarbeitung einer Broschüre, um sachlich zu informieren und Frauen zu ermutigen, sich Zeit zu nehmen für eine Entscheidung.

## Passive Krankenkassen

Während der Realisierung und Herausgabe der Broschüre waren wir auch auf der Suche nach finanzieller Unterstützung. Unter anderem schrieben wir an alle grossen Krankenkassenverbände in der Annahme, dass gerade sie an einer Reduzierung von überflüssigen Operationen interessiert sein müssten und deshalb eine solche Informationsschrift unterstützen würden. Ausser der «Eidgenössischen Gesundheitskasse», die unsere Arbeit zwar begrüsst, aber keine finanziellen Mittel freistellen konnte, reagierte kein Verband auf unsere Anfrage! Auch der Kanton Zug tat sich schwer. Unsere erste Anfrage wurde abschlägig beantwortet, gestützt auf Vorbehalte des Kantonsarztes Dr. Kürsteiner,

der unter anderem fand, «dass die Patientinnen bei ihren Ärztinnen und Ärzten genügend Informationen aus der Sicht der Schulmedizin erhalten würden und dass im Bereich der Alternativmedizin im Kanton Zug ein breites Angebot bestehe». Nach dem Erscheinen der Broschüre und dem positiven Echo gelangten wir nochmals an den Kanton und erhielten schliesslich einen finanziellen Beitrag. Unterstützt wurden wir auf Antrieb von Privatpersonen, dem Brockenhaus der Frauenzentrale, der Stadt Zug, der Sektion Zug des Schweizerischen Roten Kreuzes und dem Migros Genossenschaftsbund Luzern.

## Fall Bänninger

Der «Fall Bänninger» hat die Notwendigkeit unserer Arbeit zusätzlich unterstrichen. Und unser Engagement geht weiter denn Dr. Bänninger war und ist nicht der einzige Gynäkologe im Kanton Zug, der zu schnell und zu häufig operiert. Die Distanzierung der Ärztesgesellschaft und einzelner Gynäkologen vom Kollegen Bänninger hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, denn die Operations«freude» und das Rieseneinkommen des Gynäkologen waren eigentlich schon seit langem bekannt. Über das Beratungstelefon haben wir kürzlich von Fällen erfahren, wo Frauen anhand ihrer Krankengeschichte herausfanden, dass sie grundlos operiert worden sind: Das angebliche Myom war auf den Ultraschallbildern gar nicht sicht-

bar, aber mit dem «Myom-Befund» wurde die Gebärmutter entfernt. Einzelfälle? Nach dem grossen Medienwirbel stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die verantwortlichen Stellen (Spitalleitungen, Sanitätsdirektion, Ärztesgesellschaft) ziehen, um überflüssige Operationen zu verhindern. ■

## Literatur

Die 40seitige Broschüre «Gebärmutterentfernung» kann bezogen werden bei:

«Gruppe Frauengesundheitszentrum Zug»  
Postfach 2222  
6342 Baar

Beratungstelefon: 041/760 36 44  
Mo 8–10 Uhr, Fr 18–20 Uhr

Sehr lesenswert ist auch die neueste Ausgabe der Zeitschrift «Soziale Medizin» (hrsg. von der Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen), die sich u.a. mit den Themen «Bettenabbau», «überflüssige Operationen» und «überflüssige Medizin» befasst.

Bezugsadresse:  
Soziale Medizin  
Postfach  
4007 Basel  
061/691 13 32

# 1998 – Ein Anlass zum Feiern auch im Kanton Zug

Zwei Jubiläumsfeiern (1798/1848 und das 10-Jahr-Jubiläum der SGA), der Entscheid der Regierung im Fall von Kantilehrer Iten sowie verschiedene Bereiche ausserhalb der eigentlichen Regierungsarbeit (SGA-Mitgliederumfrage, Majorzabstimmung) waren Schwerpunkte meiner Arbeit im ersten Vierteljahr 1997.

---

Hanspeter Uster

---

Im Juni 1995 verlangte Josef Lang in einer Motion, dass sich der Kanton an den Bundesaktivitäten im Jubiläumsjahr 1998 beteiligt und selber eine Erinnerungsfeier organisiert. Eher zufällig wurde dann ich beauftragt, diese Motion zu beantworten; Grund war meine Zuständigkeit als Justizdirektor für Verfassungsfragen. Einfach war die Aufgabe nicht: Denn lange Zeit wälzte ich das Problem, wie einer breiteren Bevölkerung die Zeit zwischen 1798 und 1848 nicht als abstrakte Daten, sondern als für die Schweizer und Zuger Geschichte kaum zu überschätzende Epoche nähergebracht werden kann. Unbestritten ist nämlich, dass 1291 im Bewusstsein der Menschen viel besser verankert ist, obwohl es historisch ziemlich unbedeutend ist. In verschiedenen Gesprächen kristallisierte sich dann ein doppelter Weg heraus: einerseits ein Volksfest im Zusammenhang mit der Befreiung der Vogteien der Stadt Zug, andererseits ein Buchprojekt, das die Zeit zwischen 1798 und 1850 mit einer Reihe Porträts in lesbarer Form aufarbeitet. Diesem Konzept und damit einem Gesamtkredit von etwas weniger als 1 Mio. stimmte der Regierungsrat dann Anfang Februar 1997 zu, und im Moment sind wir mit Volldampf an den Vorbereitungen für das Fest (bitte den Samstag, 30. Mai 1998 vormerken) und das Buchprojekt.

## Fall Iten – Grundrechtsschutz statt Berufsverbot

Nachdem sich Kantilehrer Jürg Iten Ende 1996 von den massiven antisemitischen Äusserungen seines Sektenchefs distanziert hatte, beschloss der Regierungsrat nach Konsultation von zwei Gutachten bedeutender Staatsrechtler, im Sinne der Verhältnismässigkeit das Arbeitsverhältnis nicht zu kündigen. Eine Kündigung wäre einem Berufsverbot gleichgekommen. Damit hat der Regierungsrat, ohne es ausdrücklich zu thematisieren, von jeglicher Berufsverbotspraxis Abstand genommen – ziemlich genau vor 10 Jahren machte ich zu diesem Thema meinen ersten Vorstoss im Kantonsrat überhaupt...

## SGA-Mitgliederbefragung und -Vorstand

Im Januar befasste sich der SGA-Kantonalvorstand mit der auf Anregung von Sybilla Schmid entstandenen Mitgliederbefragung (vgl. Jahresbericht). Etwa zur gleichen Zeit berichtete die Zuger Presse kritisch über die Zukunft der SGA. Alles in allem hat die Mitgliederbefragung aber einiges bewirkt, und welche Partei informiert so offen über ihre internen Diskussionen? Erfreulich ist vor allem, dass Arlene Wyttenbach neu im Co-Präsidium Verantwortung übernimmt und damit Jo Lang andere Aufgaben ausserhalb des Vorstandes übernehmen kann. Reto Hunziker kommt ebenfalls in

den Vorstand, und Gisela Hürliemann wird dies voraussichtlich nächstes Jahr tun. Ruth Wyss gibt zwar die Kasse ab, bleibt aber im Vorstand. Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit in Präsidium und Vorstand.

## 10 Jahre und mehr

Und endlich feiern wir auch das 10-Jahr-Jubiläum: Die Gründung der SGA fand am 17. Dezember 1986 statt, und Madeleine Landolt als Präsidentin der SGA-Stadt und ich beschlossen spontan, am Freitag 16. Mai 1997 «10 Jahre und mehr» ein Fest mit Essen, Trinken und Musik, zu organisieren. Bis bald! ■

## New Publik Management

### Kritik aus linker Sicht

Hanspeter Uster hat sich in der ‚Roten Revue‘, der Theoriezeitschrift der SPS, mit der Frage auseinandergesetzt, weshalb der Kanton Zug keine NPM-Rhetorik braucht. Ausgehend von der NPM-kritischen Haltung der Zuger Regierung entwickelt er eine spezifisch linke Argumentation gegen NPM, das letztlich nichts anderes als weniger Demokratie, weniger Rechtsstaat und weniger soziale Gerechtigkeit bringen würde. Zu beziehen für Fr. 10.– über das SGA-Sekretariat, Postfach 4805, 6304 Zug.

# Die Weisswaschung eines Wirtschaftsanwalts

Einige Tage vor der regierungsrätlichen Pressekonferenz zum Fall Jürg Iten hat das Obergericht bekannt gegeben, dass es das Aufsichtsverfahren gegen den Rechtsanwalt H.R. Barth eingestellt habe. Barth ist mit der Universalen Kirche eng verbunden und sitzt im Vorstand von deren «Weltfundament für Naturwissenschaften». Während die Regierung ihren Toleranzentscheid seriös begründete, stellte die Justiz-Verwaltungsbehörde dem Wirtschaftsanwalt einen fragwürdigen Persilschein aus.

---

Josef Lang

---

Im Unterschied zu Jürg Iten, der sich nach langem Zaudern und unter dem Druck der öffentlichen Kritiken und der Entlassungsdrohung endlich zu einer klareren Distanzierung durchgerungen hat, gibt es von Hans Rudolf Barth keine Distanzierung. Im Gegenteil rechtfertigt er ausdrücklich eine der schlimmsten antisemitischen Aussagen, die in den letzten Jahren in diesem Land zu vernehmen waren und die in Trogen verurteilt wurde: «Wegen ihrer satanischen Gier haben die Juden den Zweiten Weltkrieg angezettelt». Barth schreibt in einem Brief vom 14. März 1996 an Bekannte und Klienten, diese «Durchsage» sei nicht antisemitisch, «da nur bestimmte oder einzelne Juden betreffend». Diese Behauptung ist selber judenfeindlich. Barth beteuert: «Etwas anderes, also ein pauschaler Einbezug der Gesamtheit der Juden, würde für mich nicht stimmen, genau so wie für mich die Bemerkungen betreffend Entstehen des Zweiten Weltkriegs und des Kommunismus (nur) als Teil-Ursachen gemeint sind.» (S.11)

## Barths judenfeindlicher Brief

In anderen Worten: Für Barth «stimmt» es, weil man «die Juden» nur «bestimmt oder einzeln» meint und diese «(nur) als Teil-Ursache»

des Zweiten Weltkriegs (und damit des Holocausts) betrachtet. Auch das ist ungeheuerlich und im Falle von gegebener Öffentlichkeit möglicherweise auch strafbar. Wen das «Weltfundament» konkret meint, zeigt eine Mitteilung vom 28. Mai 1996: «Sie (die Zionisten) sind verantwortlich für den angeblich jüdisch resp. zionistisch finanzierten Zweiten Weltkrieg, mit rund 50 Millionen Toten. (...) Dies ist historisch zweifelsfrei belegt.»

## Fragwürdige Begründung

Es ist schleierhaft, warum das Obergericht, das sich fast ein Jahr Zeit genommen hat, schreiben kann, es betrachte es «glaubwürdig, dass ihm (Barth) Rassismus und im besonderen Antisemitismus fremd sind». Die Begründung des Obergerichts ist um so fragwürdiger, als die Universale Kirche selbst in letzter Zeit ihren Antisemitismus verschärft hat. Im 24seitigen Interview mit dem «Patriarchen» Peter William Leach-Lewis (Zeiten-Schrift 13, 1996), das über die Festtage versandt wurde, wiederholt der Sekten-Guru das inkriminierte Zitat und sagt ohne irgendwelche Einschränkungen: «Es ist vollkommen wahr». Besonders schlimm ist die systematische Verleugnung der jüdischen Ursprünge des Christentums. Diesbezüglich schliesst die «franziskanische» Sekte nicht an den christlichen Antijudaismus an, sondern an die Nazi-«Theologien». ■

## Die SGA zur Nicht-entlassung Itens

(pd vom 27.2.1997) Die SGA, die seit gut einem Jahr über den Antisemitismus und Absolutismus der Universalen Kirche Aufklärungsarbeit leistet, ist mit dem Entscheid der Zuger Regierung in Sachen Lehramt Iten einverstanden. Wir haben von Anfang an zwischen dem Rektorat, einem öffentlichen Amt mit politischer und symbolischer Bedeutung, und dem Lehramt als Brotberuf unterschieden. Dabei betrachteten wir eine Absetzung vom Rektorat als selbstverständlich, aber ein Berufsverbot als heikel. Es ist richtig, dass der Regierungsrat im Zweifel für die Grundrechte und für den „Angeschlagenen“ entschieden hat. (...) Der Toleranz-Entscheid des Regierungsrates bedeutet eine besondere Herausforderung für Jürg Iten, den Antisemitismus in der Universalen Kirche rücksichtslos zu bekämpfen, auch zum Preis des Ausschlusses. Er bedeutet weiter eine Herausforderung an die Kantonsschule, das antisemitische Bewusstsein unter den SchülerInnen und vor allem im Lehrkörper zu schärfen.

# Das Schulhaus Loreto bleibt grau



**Ohne Farbanstrich bröckelt der Beton gewiss schneller, und die nächste Sanierung – mit farbigem Anstrich? könnte früher fällig sein als geplant.** Bild

Der Späher zum Loreto\*

Die Schulanlage Loreto der Stadt Zug wird saniert. Dabei wird traktweise vorgegangen. SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und die Nachbarschaft fragen sich, welche Farbe nun der erste sanierte Trakt wohl erhalten wird?

Die Antwort: es bleibt alles wie es ist – betongrau! Aha. Und die Begründung? Farben passen nicht ins Landschaftsbild!! – Nachfrage: Seit wann passt grau?

In nächster Umgebung des Loretos gibt es – wir nehmen das Argument ernst – keine grauen Wohnblöcke, nur farbige, in nächster Nähe sogar einen hellblauen. Was soll ich mit der Antwort des zuständigen CVP-Schulpräsidenten anfangen? Sollen jetzt etwa die Wohnblocks in der Nähe des Loretos grau umgespritzt werden, oder soll seine Äusserung eine Machtdemonstration sein, dass er auch noch etwas zu sagen hat, oder soll die Farbe Grau als pädagogischer Beitrag zum Realitätssinn für die Anerkennung der grauen Realität verwendet werden?

Na ja, graue Männchen gibt es immer wieder. Doch die Geschichte

kennt schon ein weiteres Musterchen. Die LehrerInnen erhielten die Gelegenheit, neues Mobiliar für ihr Schulhaus anzuschaffen. Sie gaben sich Mühe, hatten ein transparentes Verfahren, richteten Musterzimmer ein, fragten nach bei den SchülerInnen und hörten sich die Argumente der Hersteller an. Schlussendlich einigten sie sich auf zwei Pulttypen: Hochpult (kleine Fläche, aber ergonomisch) und Lernatelier (grosse Fläche, betont das soziale Lernen). Es passte dem Schulpräsidenten

nicht. Er wünscht eine «einheitliche» Möblierung – ganz gemäss seinem Motto: «lieber mausgrau und einheitlich» als farbig und zweckentsprechend und «ich bestimme immer noch selber».

Ein Trost zuletzt: Ohne Farbanstrich bröckelt der Beton gewiss schneller, und die nächste Sanierung – mit farbigem Anstrich? – könnte früher fällig sein als geplant. ■

\* Name der Redaktion bekannt



- Mi 2. Amnesty International Gruppe Zug. Monatsversammlung.**  
 Stadtbibliothek Zug, 20.00h.
- Mo 14. Veranstaltung gegen den unfairen Majorz (siehe Seite 2)**
- Fr 18. SGA Stadt Zug. Generalversammlung.**  
 Felsenkeller, Casino Zug. 18.30 Nachtessen, 20.00 GV.
- Sa 19. Frische Brise Steinhausen. «Frau und Märchen».**  
 14.00h bis 16.00h, Ort unbekannt. «Nur für Steinhauser-Frauen»
- Do 1. 1.– Mai – Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz.**
- Sa 10. Fest zur Saisonöffnung des Industriefads Lorze**  
 Areal der Spinnerei Baar, ab 11.00h
- Mi 14. Amnesty International Gruppe Zug. Monatsversammlung.**  
 Stadtbibliothek Zug, 20.00h.
- Fr 16. SGA Zug. Geburtstagsfest, 10 Jahre SGA.**  
 Burgbachhalle Zug, ab 18.00h.
- Mi 4. Amnesty International Gruppe Zug. Monatsversammlung.**  
 Stadtbibliothek Zug, 20.00h.
- Sa 14. Nationaler Flüchtlingstag.**  
 Diverse Veranstaltungen, siehe Presse.
- Sa 22. Benefiz - Blockflötenkonzert zugunsten der Amnesty International Gruppe Zug.**  
 Reformierte Kirche Zug, Zeit siehe Presse.

## Ausstellung «Anne Frank und wir»

**Mit ihrem Tagebuch wurde Anne Frank zu einem universellen Symbol für Toleranz und gegen jede Form von Diskriminierung. Wie kaum ein anderes Dokument unseres Jahrhunderts hat das Tagebuch der Anne Frank weltweit Resonanz gefunden und Betroffenheit ausgelöst. Gleichzeitig ist Anne Franks humanitäre Botschaft von ungebrochener Aktualität. Fragen von Akzeptanz und Ausgrenzung beschäftigen uns auch fünfzig Jahre, nachdem Anne Frank deportiert wurde und sterben musste. Ausgehend von ihrem Schicksal und ihrer Zeit ist das Aufgreifen heutiger Zeitfragen (Rassismus, Diskriminierung, Gewalt) möglich.**

**Die über 500 Fotos sowie Anne Franks Tagebuch, Film- und Tonvorführungen dokumentieren den Holocaust und die Rolle der Schweiz. Aktuelle Aspekte von Rassismus und Verfolgung schliessen den Kreis der Ausstellung. Die internationale Wanderausstellung der Anne-Frank-Stiftung Amsterdam mit einem vom Stapferhaus Lenzburg realisierten Ausstellungsteil zur Schweizer Geschichte findet in Zug als letzter von 10 Schweizer Städten und rund 100'000 Besuchern in ihren Abschluss.**

**Die Ausstellung wird an der Kantonsschule Zug vom 26.3. bis**

## Antisemitismus und Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg

Dieser dritte von der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA) organisierte Diskussionsabend über den Antisemitismus findet im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung an der Kantonsschule Zug statt. Es referieren:

Ernst Ludwig Ehrlich (geboren 1921 in Berlin, seit 1943 in Basel, Honorarprofessor für Neuere Jüdische Geschichte und Literatur der Uni Bern, Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, Europäischer Ehrenvizepräsident der jüdischen Organisation B'nai B'rith): Christentum - Judentum und Antisemitismus

Jakob Tanner (Professor für Geschichte an der Universität Zürich, Mitglied der unabhängigen Expertenkommission zum Zweiten Weltkrieg): Schächtverbot und Schweizer Judenfeindlichkeit

Stefan Keller (WoZ-Redaktor, Autor von «Grünigers Fall» (Zürich 1993) und Coautor des «Manifests vom 21. Januar»): Grüninger und die Judenfeinde

Diskussionsleitung: Hanspeter Uster (SGA-Coprapäsident, Regierungsrat und Mitunterzeichner des «Manifests»)

Mittwoch, 16. April, 20.00h, Auditorium Kantonsschule Zug